

EDITORIAL

„CHANGE“ IN DEN TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

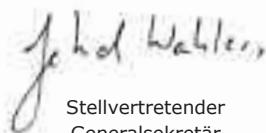


Der Jubel über den von vielen Amerikanern als historisch empfundenen Wahlsieg Barack Obamas ist kaum verklungen. Die Aufgaben, die es zu meistern gilt, sind groß: Die Finanzkrise zieht weiter ihre Kreise, im Nahen Osten ist erneut ein Krieg ausgebrochen, der Streit mit dem Iran um dessen Nuklearprogramm dauert an. Die Sicherheitslage in Afghanistan und Pakistan bleibt prekär und auch im Irak ist der Status fragil. Kurzum: Die Erwartungen an den neuen Präsidenten sind enorm. Doch das ist nicht alles. Obamas Unterstützung bei seinen Wählern steht und fällt vor allem damit, ob es ihm gelingt, den Abwärtstrend der US-Wirtschaft zu stoppen und umzukehren. Er muss das Vertrauen der Bürger in das eigene Wirtschafts- und Finanzsystem wieder stärken und die Arbeitslosenzahlen senken. Dies ist keine leichte Aufgabe. Nicht zufällig nimmt sie einen großen Teil seiner politischen Agenda ein. Es bedarf daher keiner großen Prophetie um zu sagen, dass der neue amerikanische Präsident sich vor allem auf die innenpolitische Dimension der Wirtschafts- und Finanzpolitik konzentrieren wird.

Viele Europäer haben ihre Hoffnung auf einen außenpolitischen Wandel gesetzt, auch wenn unklar blieb, was dies konkret bedeutet soll. Obama setzt offensichtlich auf Kontinuität. Dies unterstreicht Obamas Zusammensetzung seines außen- und verteidigungspolitischen Teams.

Der US National Intelligence Council prognostiziert in seiner Studie über die globalen Trends bis 2025, dass die USA auf der internationalen Bühne an Einfluss verlieren werden. China, Indien und auch Russland nähmen demnach an Stärke

zu. Die Folge wäre eine zunehmend diffuse Machtverteilung in einer multipolaren Weltordnung. Bedeutet dies einen Abschied von der Weltmach USA? Ein Abgesang wäre hier verfrüht. Bei der Regelung von internationalen Konflikten sowie als Garant von Demokratie und Freihandel bleiben die Vereinigten Staaten die „indispensable nation“. Schon ihr Militärpotenzial wie auch die Fähigkeit zur technologischen Innovation machen dies deutlich. Auch zeigt die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, dass die neuen aufstrebenden Akteure nicht so stark sind, wie sie uns glauben machen wollen. Vor allem dann, wenn es sich um autoritär geführte Länder handelt und die staatseigene Propaganda es verbietet, kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Die Auswirkungen der Krise auf China und Russland sind spürbar. Es ist nicht auszuschließen, dass dies politische Destabilisierungen nach sich ziehen kann mit entsprechenden weitreichenden wirtschaftlichen und außenpolitischen Konsequenzen. Um darauf vorbereitet zu sein, ist eine intensive transatlantische Kooperation wichtiger denn je. Nur in einer solchen Partnerschaft lassen sich derartige Destabilisierungen abfedern. Die USA haben erfahren, dass selbst die Macht einer „indispensable nation“ begrenzt ist. Die Europäer haben deshalb die Pflicht, den von ihnen viel beschworenen Multilateralismus mit neuem Leben zu füllen. Sie sollten die USA unter Präsident Obama tatkräftig unterstützen und Strategien entwickeln, die der transatlantischen Wertegemeinschaft ihren Platz in einem sich verändernden Staatensystem sichern.



Jörg Wahler

Stellvertretender
Generalsekretär